Zeitschrift: Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 77 (1999)
Heft: 2

Artikel: Für einen modernen Föderalismus
Autor: Schmid, Adrian
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-341493

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Für einen modernen Föderalismus

Politisch ist das Jahr 1999 ein Zwischenjahr. Das Jubiläumsjahr 1998 ist einerseits vorbei: Der Aufbrüche der Helvetik von 1798 und der Gründung des Bundesstaates von 1848 wurde gedacht. Andererseits stehen wir an der Schwelle zum neuen Jahrtausend und erkennen den zentralen politischen Widerspruch: Die Naturwissenschaften zeigen uns die Begrenztheit der Erde, während die Ökonomie uns scheinbar zum ständigen Wirtschaftswachstum zwingt.

Adrian Schmid

Warum dieser Einstieg für eine Volksinitiative, die den Umbau der Kantone in der Schweiz zum Ziel hat?
Auch jetzt stehen wir wieder vor einem neuen Aufbruch: Die Schweiz muss in den kommenden 20 Jahren politisch umgebaut werden. 1798 brach das erstarrte und überholte Ancien regime auseinander. Das Prinzip der Gleichheit aller Staatsbürger (ohne Frauen ...) und die Überwindung der Herrschaft weniger über viele wurden realisiert. 1848 wurde mit der Gründung des Bundesstaates die Garantie der persönlichen und politischen Freiheit aller Bürgerinnen und Bürger sowie der Reorganisation der Schweiz geschaffen. Damals war das eine vorbildliche Pionierleistung in ganz Europa.
Ich bin der Meinung, dass sich heute ähnlich strukturelle Fragen stellen. Epochale Veränderungen finden statt. Man weiss, weshalb das Alte falsch ist und man es nicht mehr möchte, hat jedoch das neue Richtige noch nicht gefunden. In solchen Zeiten kann man sich dem Neuen mehr oder weniger stark widersetzen. Oder man kann versuchen, Veränderungen mitzugestalten und somit Teil von ihnen zu werden.
Der grosse Unterschied zwischen damals und heute: Wir sind uns weltweit ausserordentlich nahegekommen. Die Wirtschaft hat sich in kurzer Zeit globalisiert. In der Weltwirtschaft finden enorme Konzentrationsprozesse statt. Demokratische Politik kann sich nicht so schnell verändern; sie vermag mit den Veränderungen der Wirtschaft nicht mitzuhalten. Das Tempo ist aber nicht das entscheidende Problem. Wichtiger ist, dass die Politik wenigstens beginnt, sich mit alternativen Entwürfen auseinanderzusetzen.
Mit dem einstimmigen Grundsatzentscheid der Delegierten der Grünen Partei von Ende März für die Konkretisierung eines Initiativprojektes in Form der allgemeinen Anregung – für den Umbau der Kantone in der Schweiz – möchten wir die Modernisierung, das Neudenken und die Überprüfung des Föderalismus einleiten. Wir möchten den Stimmberechtigten einen Vorschlag für neue politische Strukturen unterbreiten – ein politisches Projekt mit einer Laufzeit von 20 bis 50 Jahren.

Volksinitiative als Motor für Veränderungen

Eine Volksinitiative ist in den Worten meines politischen Freundes und Theoretikers der Direkten Demokratie, Andi Gross, immer eine Frage von wenigen Bürgerinnen und Bürgern an alle. Damit kann eine Grundidee zur Diskussion gestellt werden. Entscheidend ist, dass nicht von oben herab bestimmt wird, wer was

wie machen muss. Die heutigen Kantone und ihre Regionen sollen selber entscheiden können, ob, wie und mit wem sie zusammenwachsen wollen. Mir geht es darum, diesen Prozess zu erleichtern. In keiner Weise geht es aber darum, das Ergebnis dieses Prozesses vorwegzunehmen.
Auf den Vorschlag zur Überprüfung der Kantonsstrukturen habe ich drei Reaktionen beobachtet: Da sind diejenigen, die nur schon den Gedanken als solchen als anstössig und unanständig empfinden. «Es war doch immer so und soll immer so bleiben», ist von dieser Seite zu hören. Dann gibt es diejenigen, die befürchten, dass die Diskussion um neue politische Strukturen uns von den zentralen Problemen der interkantonalen Zusammenarbeit ablenke, ja diese sogar gefährde. Schliesslich gibt es diejenigen, die kritisches Interesse und Offenheit aufbringen. Sie sind überzeugt, dass wir vor entscheidenden Veränderungen stehen und diese aktiv mitgestalten sollten.

Warum die Kantone heute teilweise zu klein sind

Im Folgenden vier Gründe, weshalb die Grösse und die Form der meisten heutigen Kantone kritisch hinterfragt werden müssen:

1. Mentalitätswandel
Die Menschen hängen an ihrer Heimat, gewiss. Doch Heimat ist heute etwas anderes als bloss die Bindung an den Wohn- oder Heimatkanton. Realität ist, dass Wohnen/Arbeit/Freizeit immer weniger im gleichen Kanton, in der gleichen Lebenswelt stattfinden. Dies wäre jedoch wichtig für eine gerechte Verteilung der Lasten und Chancen, insbesondere was die Steuern, den Verkehr, die Arbeitsplätze und den Wohnraum betrifft. Fazit: Die politischen Strukturen der Kantone müssen wieder vermehrt mit den aktuellen Lebenswelten übereinstimmen.

2. Wirtschaftlicher Wandel
Die Kantone sind verantwortlich für Aufgaben wie Schule, Kultur, Gesundheit, Gerichtswesen und Raumplanung. Jede dieser Aufgaben hat eine optimale Grösse. Sicher ist, dass heute viele Kantone dieses Optimum unterschreiten. Daraus ergibt sich viel bürokratischer Mehraufwand für eine Leistungseinheit.
Fazit: Die heutige Organisation kostet zuviel, ist zuwenig rationell und zu ineffizient.

• *Beispiel Finanzpolitik*
Zwischen dem Bund und den 26 Kantonen werden aufgrund eines aufwendigen Systems, des Finanzausgleichs, rund 15 Milliarden Franken hin- und hergeschoben. 26 Steuersysteme führen zu einem komplizierten Verrechnungssystem. Die verschiedenen Steuersysteme führen dazu, dass in Gemeinden mit hoher Steuerbelastung die Steuern rund dreimal höher liegen als in Gemeinden mit niedriger Steuerbelastung. So bezahlt eine Familie mit zwei Kindern und 100'000 Franken Bruttoeinkommen in Zug rund 5'000 Franken Steuern, in Genf knapp 13'000 Franken.
Fazit: Der krassen Steuerungerechtigkeit muss mit neuen Strukturen entgegengewirkt werden.

• *Beispiel Gesundheitspolitik*
Mit sehr wenig kantonaler und regionaler Koordination wurde Spital neben Spital errichtet. Der Zwang, im kleinen Landspital noch aufwendigste Spitzenmedizin anbieten zu müssen, liess unter anderem die Spitalkosten explodieren. Heute müssen Tausende Spitalbetten abgebaut werden.
Ungerecht sind die dadurch teilweise bedingten unterschiedlich hohen Krankenkassenprämien, die von Kanton zu Kanton krass variieren.
Fazit: Für eine effiziente Gesundheitsplanung sind viele Kantone teilweise zu klein.

Die polititschen Strukturen der Kantone müssen vermehrt wieder mit den aktuellen Lebenswelten übereinstimmen.

• *Beispiel Bildungspolitik*
Es bestehen 26 verschiedene Erziehungsgesetze mit unterschiedlichsten Lehrplänen und Lehrmitteln. Die Zugangsmöglichkeiten zur Oberstufe sowie die Ferienregelungen divergieren. Es sind Tausende von Schülerinnen und Schülern, und mithin auch ihre Eltern, die am meisten unter dem leiden, was man in der deutschen Schweiz mit Recht als «Kantönligeist» kritisiert.
Fazit: Die unterschiedlichsten Schulsysteme stehen den Mobilitätsbedürfnissen namentlich von Familien entgegen.

Die heutigen Grenzen der Kantone und Regionen sind nicht mehr tabu.

3. Gesellschaftlicher Wandel
Der gesellschaftliche Wandel ist rasant. Die Telekommunikation wird unser Leben grundlegend verändern. Die Politik kann den veränderten Verhältnissen mit Strukturanpassungen nur schwer Rechnung tragen.
Sie hinkt den veränderten Bedingungen mit politischen Lösungsschritten nach. Ihre Aufgabe ist es, ihrer Verantwortung so gerecht zu werden, dass dort, wo sich Veränderungen abzeichnen, rechtzeitig und im voraus Lösungen erarbeitet und zur Diskussion gestellt werden.
Fazit: Die politischen Strukturen müssen dem gesellschaftlichen Wandel angepasst werden.

4. Staatspolitischer Wandel
Als Wahlkreise sind die Kantone heute zu klein. Die Entscheidungskraft ländlicher Kantone gegenüber den wachsenden urbanen Stadt- und Agglomerationsgebieten ist überproportional hoch, höher als 1848. Die heutigen Kantonsstrukturen sind aber vor allem bei der politischen Klasse ein Riesentabu, weil deren Veränderung mit dem Verlust von Macht und Einfluss verbunden ist.
Fazit: Überholte Strukturen müssen Platz machen für neue politische Grenzziehungen

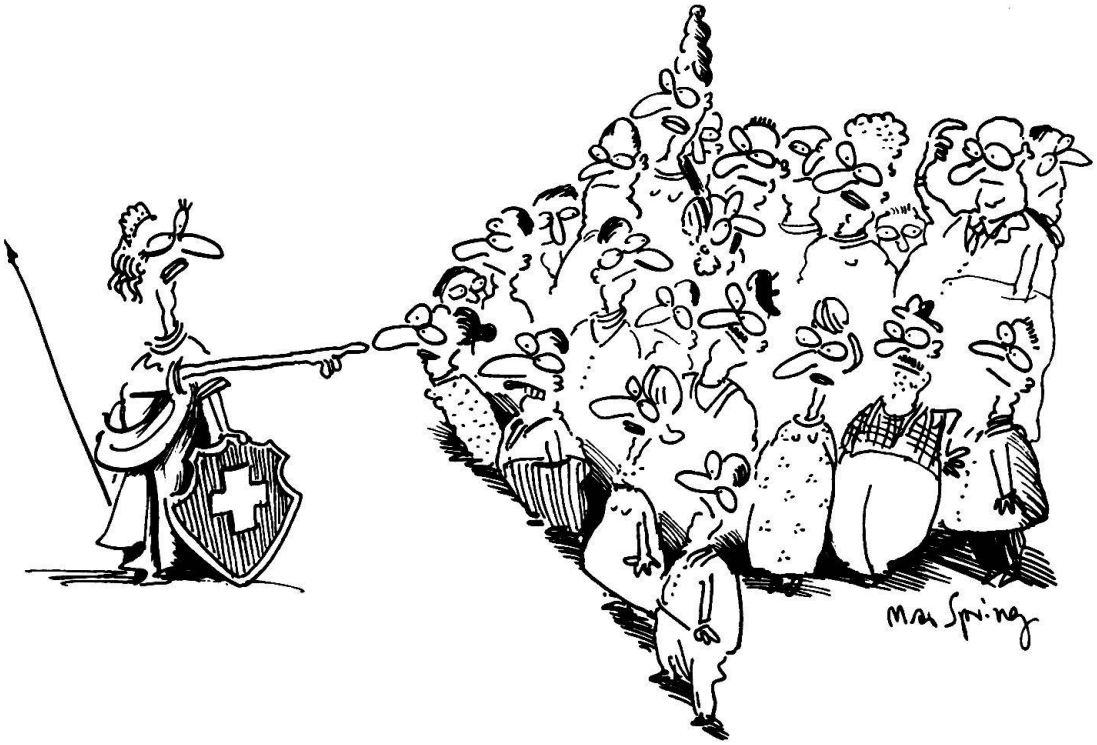
Entwicklungen der letzten 10–20 Jahre

Einerseits wurde die Fusion der beiden Basel zu einer Regio Basiliensis abgelehnt – letztmals 1969. Zudem entstanden auch Kantonsaufteilungen wie der neue Kanton Jura. Ebenso wurden Diskussionen um einen neuen Stadtkanton Zürich geführt.
Andrerseits sind in den letzten Jahren überall fortgeschrittene Kooperationsbemühungen zwischen den Kantonen zu verfolgen. Der Zusammenschluss von einzelnen Kantonen hat in den vergangenen Monaten in verschiedenen Kantonen intensive Diskussionen ausgelöst. Während in den Kantonen Waadt und Genf bereits Volksinitiativen für den Zusammenschluss der beiden Kantone lanciert wurden, ergab eine repräsentative Untersuchung der Neuen Luzerner Zeitung eine 40prozentige Akzeptanz für einen Kanton Zentralschweiz. Damit stellt sich sofort auch die Frage, ob der Kanton Zug zu einem Kanton Zentralschweiz gehört und ob die Region Ausserschwyz nicht mehr nach Zürich hin orientiert ist?
Mitglieder von FDP, CVP, SP und Grünen haben in den Kantonsparlamenten von Basel-Stadt, Basel-Land, Solothurn und Aargau in analogen Motionen einen neuen Kanton Nordwestschweiz angeregt. Die Gemeinde Vellerat und die Region Laufental haben ihre Kantonszugehörigkeit mit komplizierten Entscheiden und aufwendigen Prozessen gewechselt.
Ende November 1998 sprachen sich die Stimmberechtigten der Stadt Luzern mit 75% für den Zusammenschluss ihrer Einwohner- und Bürgergemeinde aus. Dabei handelt es sich immerhin um die zwei grössten Gemeinden im Kanton Luzern mit einem Budgetvolumen von 520 respektive 150 Millionen Franken, zwei eigenständigen Regierungen, zwei Parlamenten und Hunderten von Arbeitsplätzen.

Die heutigen Grenzen der Kantone und Regionen sind nicht mehr tabu. Positiv kann zudem vermerkt werden, dass die am 18. April 1999 durch das Volks genehmigte neue Bundesverfassung den Prozess der kommunalen Kantonswechsel vereinfacht und nicht mehr obligatorisch eine eidgenössische Volksabstimmung vorsieht.

Wenn eine Idee reif ist, wird sie an verschiedenen Orten diskutiert

Die auf der Basis des Bundesamtes für Statistik und vom Nachrichtenmagazin «Facts» getätigte Einteilung in sieben Grosskantone kann für die Erhebung von Grundlagenmaterialien notwendig sein. Sie kann als Diskussionsbeitrag wichtige Impulse auslösen. Ein Zusammenschluss von Schaffhausen mit Graubünden zu einem Grosskanton Ostschweiz oder der Zusammenschluss der Kantone Wallis, Waadt und Genf zu einem Kanton Leman oder die Fusion des Juras mit dem Kanton Bern stehen heute nicht an.

Allen Schwierigkeiten zum Trotz ist die Diskussion notwendig, sie geht dem Handeln voraus. Die geplante Volksinitiative der schweizerischen Grünen in Form der allgemeinen Anregung soll vor allem dazu führen, dass in jenen Kantonen, in denen alle oder einzelne Regionen Veränderungen wollen, der Prozess juristisch und demokratisch korrekt angestossen werden kann. So wollen wir zur Überprüfung des heutigen Föderalismus beitragen und die Schaffung neuer Kantonsgrenzen erleichtern. Im Vordergrund stehen diesbezüglich die Region Zentralschweiz, die Ostschweiz, die Westschweiz und die Nordwestschweiz.

Adrian Schmid ist beruflich als Geschäftsführer des Luzerner Mieterinnen- und Mieterverbandes tätig. Der Vizepräsident der Grünen Schweiz präsidiert zur Zeit den Grossen Stadtrat (Parlament) von Luzern und ist Initiant des Projektes für einen modernen Föderalismus in der Schweiz.